

DEUTSCH-LUXEMBURGISCHE WIRTSCHAFTSKONFERENZ

Wachstum ohne neue Staatsverschuldung?

von Joachim Schemel, Wirtschaftsreferat, Deutsche Botschaft Luxemburg

Unter dem Titel „Förderung des Wirtschaftswachstums ohne Neuverschuldung: einige Ansätze“ fand am 19. November die 12. Deutsch-Luxemburgische Wirtschaftskonferenz in der Luxemburgischen Handelskammer statt. Mit 130 Teilnehmern, darunter die amtierende Alterspräsidentin, Anne Bresseur, war die Veranstaltung erneut gut besucht.

„In Zeiten von klammen Kassen und trüben wirtschaftlichen Ausichten fordert die Handelskammer einen Richtungs- und Paradigmenwechsel, der darauf abzielt, mit den vorhandenen Ressourcen ‚mehr mit weniger‘ zu machen“, meinte Carlo Thelen, Chefvolkswirt der Handelskammer, in seiner Begrüßung. Auch Botschafterin Gläser war sich sicher: „Die Frage, wie das dringend benötigte Wachstum ohne weitere Staatsverschuldung erreicht werden kann, ist für beide Länder von höchster wirtschaftspolitischer Aktualität.“

Wie wichtig strukturelle Reformen als Voraussetzung für die Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Luxemburgs sind, betonte der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Dr. Werner Hoyer. „Strukturreformen und Wachstumsimpulse gehören fest zusammen und dürfen nie unabhängig voneinander betrachtet werden.“ Die Bereiche Infrastruktur (Energie, Verkehr), digitale Kommunikation und vor allem Bildung seien besonders wichtig. Mit der Kapitalerhöhung vom letzten Jahr werde die EIB in den EU-Krisenländern Wachstumsimpulse in Höhe von etwa 180 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren auslösen können.



Im Publikum: die deutsche Botschafterin Christine Gläser und kommissarischer Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Luxemburg, Carlo Thelen, Fotos: Handelskammer Luxemburg

Auch der nächste Redner, Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), betonte, die Ausgaben im Bildungssektor dürften in Zeiten leerer Kassen nicht gekürzt werden. Die Umsetzung, der im Grundgesetz veran-



Auf dem Podium (v.l.n.r.): Pierre Leyers, Journalist, Luxemburger Wort; Dr. Werner Hoyer, Präsident der EIB; Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und Michel Wurth, Präsident des luxemburgischen Arbeitgeberverbandes

kerten „Schuldenbremse“ verbiete den deutschen Bundesländern ab 2020 strukturelle Neuverschuldung. Einsparmöglichkeiten sah er bei konsumtiven Ausgaben, im Personalbereich und bei der Umstellung von Zuschüssen des Landes auf Kreditbürgschaften oder Darlehen. Auf der Einnahmeseite fordere NRW eine Vermögenssteuer. Michel Wurth, Präsident des luxemburgischen Arbeitgeberdachverbandes (UEL), stellte mit seinem Beitrag einen Maßnahmenkatalog vor, der es Luxemburg ermöglichen soll, ohne eine weitere Defiziterhöhung Wachstum zu fördern und die Arbeitslosenquote zu senken. Neben zahlreichen kurzfristigen Maßnahmen, die unter den Oberbegriffen Wettbewerbsfähigkeit, öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt zusammengefasst werden können, forderte er unter anderem langfristige Reformen der Steuer- und Rentenpolitik sowie der Krankenversicherung. Letztlich komme es darauf an, die Produktivität zu steigern – die hohen Lohnstückkosten würden die Konkurrenzfähigkeit Luxemburgs zunehmend gefährden.

Eine von dem Journalisten Pierre Leyers vom Luxemburger „Wort“ moderierte Podiumsdiskussion rundete die Veranstaltung ab.

www.luxemburg.diplo.de